



Foto: Sipa/Stat/Flensburg/da

Simone Lange tritt gegen Andrea Nahles um den SPD-Bundvorsitz an

Machen. Streiten. Für die eigene Position einstehen. „Politik geschieht nicht dort, wo man sich den Hintern platt sitzt“, dieses Zitat der verstorbenen SPD-Politikerin Regine Hildebrandt hat Simone Lange als Motto gewählt. Nun springt die 41-Jährige, die seit 2017 Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg ist, mit einem großen Satz auf die bundespolitische Bühne. In einem offenen Brief an den SPD-Vorstand und die Mitglieder der Partei bewirbt sich Lange um den Vorsitz.

„Eine Einzelkandidatur, die von Funktionsträgerinnen und -trägern beschlossen und ohne große Diskussion durchgewunken wird, kann kein Zeichen für einen Aufschwung oder einen Neuanfang sein“, heißt es in Langes Brief. Das geplante Verfahren, Andrea Nahles kurzfristig kommissarisch als Vorsitzende einzusetzen, „wird nur das Ohnmachtsgefühl vieler bestätigen“, befürchtet Simone Lange. Im Interview mit dem NDR wurde sie noch deutlicher: „Ich unterstelle, dass es Dutzende in der Partei gibt, die das Zeug zum Vorsitz hätten. Warum zeigen die sich nicht?“

Lange zeigt sich. Etwa im Landtag, dem sie von 2012 bis 2016 angehörte. Während der Regierungszeit Torsten Albig besetzte Lange im Parlament die für die SPD untypischen Themen innere Sicherheit und Polizei, schließlich ermittelte sie 13 Jahre lang als Kriminalpolitistin in Flensburg. Fachkundig wie leidenschaftlich stritt sie mit den Piraten, die dem Landtag damals angehörten, über die Berechtigung von Sicherheitszonen, in denen die Polizei anlasslos Ausweise und Autos prüfen können.

Ebenso leidenschaftlich kämpfte sie für die Flüchtlinge, die 2016 zu Tausenden in Flensburg strandeten, nachdem Dänemark die Grenzen schloss. Sofort bildete sich rund um den Flensburger Bahnhof, der zur Heimat auf Zeit für Hunderte wurde, eine Helferinitiative. Simone Lange ließ kurzerhand den Landtag Landtag sein und arbeitete in der Initiative mit.

Im Jahr 2017 wurde sie im ersten Anlauf zur Flensburger Oberbürgermeisterin gewählt. Unterstützt wurde Lange von einem breiten Bündnis aus SPD, CDU und Grünen. Sie besiegte damals den Amtsinhaber, der dem in Flensburg traditionell starken SSW angehört, der Minderheitenpartei der Dänen und Friesen. Ihren Erfolg verdankte Simone Lange ihrer Mischung aus Pragmatismus – sie hat lange Erfahrung in der Lokalpolitik –, mediensicherem Auftreten und klaren Positionen.

Die Mutter von zwei Kindern wurde 1976 in Rudolstadt (Thüringen) geboren. Nach Schleswig-Holstein kam die Frau zum Studium an der Verwaltungsschule Kiel. Danach hatte sie einen Lehrgang zum Übergang zur Kriminalpolizei angehängt. Dass sich nun viele Augen auf sie richten, ist ihr klar. Auch dass sie sich nicht nur Freunde macht. So hatte Ralf Stegner, der Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein, mehrfach ein Ende der Personaldebatten angemahnt. Aber Lange macht klar: „Ich bin überzeugt davon, dass dieser Schritt jetzt notwendig ist. Mutige Politik braucht mutige Entscheidungen.“

Esther Geißlinger

die nachricht

Kostenloser Nahverkehr soll die Luft in den Städten

Die Bundesregierung nennt gebührenfreien öffentlichen Nahverkehr als eine von acht Maßnahmen gegen Stickoxidemissionen. Kostenfrage ist aber vollkommen offen

Das Neue
Es klingt wie eine Utopie: gebührenfreier öffentlicher Nahverkehr. Doch jetzt hat die amtierende Bundesregierung „kostenlosen öffentlichen Nahverkehr“ gegenüber der EU-Kommission offiziell als eine Maßnahme bezeichnet, um die Luftqualität in bundesdeutschen Städten zu verbessern. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), Verkehrsminister Christian Schmidt (CSU) und Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU, alle geschäftsführend) schreiben das in ihrem Brief vom 11. Februar an EU-Umweltkommissarin Karmenu Vella.

Der Kontext
Mit dem Brief wollen die Ministerinnen die EU-Kommission milde stimmen. Diese erwägt eine Klage am Europäischen Gerichtshof unter anderem gegen Deutschland. Denn in Dutzenden Städten übersteigen die vor allem durch Dieselfahrzeuge verursachten Stickoxidemissionen die Grenzwerte. Am Donnerstag kommender Woche verhandelt zudem das Bundesverwaltungsgericht über mögliche Fahrverbote in

Städten wegen zu schlechter Luft. Acht teilweise „neue“ Maßnahmen werden in dem Schreiben erwähnt. Neben Nulltarifen sind das „bindende Abgasgrenzwerte“ für Busse, Taxis, Carsharing-Autos und Lkw. Zudem Fahrbeschränkungen für bestimmte Straßen und Stadtviertel, zusätzliche Anreize für Elektromobilität und „technische Umrüstung“ von Fahrzeugen, soweit „wirksam und ökonomisch sinnvoll“.

Die Reaktionen
Der Deutsche Städtetag zeigte sich überrascht über die Ankündigung der Bundesregierung. „Die Idee, Tickets im Nahverkehr günstiger zu machen, gibt es in der Tat in einigen Städten. Wer das will, muss das aber auch finanzieren können. Wenn der Bund jetzt den Vorschlag macht, über solche Wege nachzudenken, erwarten wir eine klare Aussage“ zur Finanzierung. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter erklärte: „Der Vorstoß klingt nach verkehrspolitischer Gaukelei. Eine Woche nach Bekanntgabe des Koalitionsvertrages mit dieser vagen Idee zu kommen, ist absolut ungläubig.“

Die Konsequenz
Durch den Nulltarif würden den Anbietern rund 12 Milliarden Euro jährlich bundesweit fehlen, sagt Rahine Algan, Vizesprecherin des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen. Wenn also durch den Verkauf der Fahrscheine kein Geld hereinkommt, muss irgendwer den Verlust tragen – die jeweilige Stadt, das Land oder der Bund. Zudem, sagt Algan, sei bei Nulltarif, „mit viel mehr Fahrgästen“ zu rechnen. Die Kommunen müssen zusätzliche Fahrzeuge einsetzen oder kaufen. Sie brauchen auch mehr Personal. Teilweise werden die Linien und Schienen nicht reichen. Dieser Ausbau muss stattfinden, bevor man den Nulltarif einführt, sonst schafft das System den zu erwartenden Ansturm nicht. Das kostet ebenfalls Geld, von dem nicht klar ist, woher es kommen soll.

Die geschäftsführende Regierung und die entstehende Große Koalition haben zwar Milliarden Euro für die Abgasvermeidung in Städten ausgedacht, von zusätzlichen Ausgaben für einen Nulltarif war aber bisher nicht die Rede. Hannes Koch

im auge behalten

Der Frühling kommt und das immer früher. Die globalen Klimaveränderungen lassen Gräser, Kräuter, Sträucher und Bäume vorzeitig blühen. Das habe ein Vergleich von über 550 Pflanzenarten an 18 Standorten weltweit ergeben, teilte die Universität Jena am Dienstag mit. Das gelte allerdings nicht für alle Pflanzen: Bei jeder fünften Art verschiebe sich die Öffnung der Blüten dagegen zeitlich nach hinten. Die stärkste Verschiebung des Blühbeginns wurden neben Bäumen an Sträuchern registriert. Spitzenreiter sei die Vierkantige Schuppenheide. Der in Grönland wachsende Zwergstrauch habe das Öffnen der Blüten in zehn Jahren um drei Wochen vorverlegt. Je kleiner die Pflanze, umso deutlicher die Verschiebung des Blühbeginns.

die these des tages

„Bei der FPÖ sind es nicht ‚braune Flecken‘, die es zu entdecken gilt, sondern eine durchgehende ideologische Strömung“

taz-Österreich-Korrespondent
Ralf Leonhard über den Umgang mit der FPÖ

9

Die Bildergeschichte Kontrollierter Einblick. Pjöngjang 2/4



In einem der pastellfarbenen Neubauviertel in der nordkoreanischen Hauptstadt: Eine Verkehrspolizistin spricht mit einem Fahrradfahrer. Schon kleine Übertretungen wie Spazieren auf dem Gras können bestraft werden. Foto: Teun Voeten

taz sachen

Neue Spitze im Inlandsressort

Das Inlandsressort der taz wird künftig von einer Doppelspitze geleitet. Die Chefredaktion hat Anna Lehmann und Tobias Schulze als gleichberechtigte Ressortleitung berufen. Der bisherige Inlandschef Martin Reeh wechselt als Korrespondent in die Parlamentsredaktion am Berliner Schiffbauerdamm.

Martin Reeh, 51, leitete seit 2013 das Inlandsressort, in dem FachredakteurInnen und KorrespondentInnen aus der Hauptstadt und den Bundesländern berichten. Zur taz kam Reeh 2012 als Redakteur der Meinungsseiten. Anna Lehmann, 42, war bisher in der Parlaments-



Foto: taz

redaktion vor allem für die Linke und bildungspolitische Themen zuständig. Bereits im Jahr 2004 absolvierte sie bei der taz ihr Volontariat. Nach Abschluss des Journalistikstudiums an der Universität Leipzig kehrte sie 2006 als Inlandsredakteurin zur taz zurück.

Tobias Schulze, 29, war bisher Redakteur für Außen- und Verteidigungspolitik im Rudi-Dutschke-Haus. Nach seiner Ausbildung an der Deutschen Journalistenschule und der Ludwig-Maximilians-Universität München kam er im Jahr 2013 als Bayernkorrespondent zur taz, bevor er nach Berlin wechselte.

Anna Lehmann und Tobias Schulze arbeiteten 2017 in einer Entwicklungsgruppe mit, die die Print-Online-Verzahnung der taz vorantreiben und die Planungsabläufe im Haus reformiert hat. (l/w)

taz blogs

Streetart Fotoblog

Geklebtes, Geschriebenes, Gesprühtes – es gibt vieles, was die Straßen der Stadt erobert. Caro zeigt die Fotos.

blogs.taz.de